Nummer 281

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Mittwoch, 18. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Herriot vor dem Parlament.

Scharfe Politik gegen Deutschland. — Lockungen für die deutschen Demokraten. — Beschränkte Amnestie für die Opfer der französischen Gewalt im besetzten Gebiet.

Der neue Präsident der französischen Republik Doumergue und ihr neuer Ministerpräsident Herriot haben sich gestern ihrem Kongreß mit ihren programmatischen Erklärungen vorgestellt. Die offiziösen Pariser Voraussagungen über den Inhalt dieser Erklärungen finden sich bestätigt. Für die Innenpolitik ist ein stark sozialistisch gefärbtes Programm verkündigt worden, für die Außenpolitik ein stramm nationalistisches, nur durch Völkerbundsphrasen etwas mehr als bisher verkleidet. Doumergue und Herriot stimmen in diesem zweiten Punkt völlig überein.

Mit derselben Frechheit, mit der während des Krieges seit dem Eingreifen Nordamerikas ein Unterschied zwischen dem Kaiser mit der kaiserlichen Regierung und dem deutschen Volk gemacht worden ist, um unsere innerpolitischen Gegensätze zu verschärfen und die Parteien des politischen Unsturzes und der außenpolitischen Ohnmacht zu stärken, machen jetzt auch die neuen Männer in Frankreich den Versuch, die deutschen Demokraten, Sozialisten und Pazifisten zu ködern und den Kampf gegen den aggressiven Pangermanismus zu erklären, um den Vorwand zur Fortsetzung der Politik Poincarés zu finden. Sie haben es leicht, denn sie brauchen ja nur unsere linksradikalen Zeitungen „Vorwärts", „Vossische Zeitung", „Berliner Tageblatt", „Frankfurter Zeitung" abzuschreiben und sie haben mehr Argumente als sie für ihren Hausgebrauch benötigen. Tatsache ist jedenfalls, daß die alten programmatischen Forderungen Poincarés übrig bleiben, wenn man von Herriots Programm die Sätze über den Völkerbund wegstreicht. Dieses Wegstreichen werden selbst die deutschen Völkerbundsfreunde, wenn sie ehrlich sind, vornehmen müssen, denn der Fortschritt des Völkerbundgedankens hängt ja in keiner Weise von Deutschland ab, sondern ausschließlich von der Politik der gegenwärtig bis an die Zähne gerüsteten Großmächte, die sich im Wettrüsten gegenseitig übertrumpfen. Gerade in diesen Tagen zeigen ja die Beschlüsse des Völkerbundsrates, daß er gegenüber dem Wettrüsten der Waffengewaltigen ohnmächtig ist und nichts anderes zu tun vermag, als jedes Eingreifen wie bisher immer von neuem zu verschieben.

Herriots Eintreten für den Völkerbund bedeutet, wie die Dinge liegen, einen Wechsel auf eine weit entfernte nebelhafte Zukunft. Für die Gegenwart will auch er Macht- und Realpolitik treiben, gegen das der Revanchelust verdächtige Deutschland insbesondere die Politik der harten Faust.

Daß in dem nach Banditenart überfallenen Rhein- und Ruhrgebiet die Opfer der französischen Schandjustiz wenigstens zu einem gewissen Teil freigegeben und einem Teil der brutal Verteidenen die Rückkehr gestattet werden soll, ist sachlich für uns unzureichend. Immerhin freut es uns für die Opfer, die jetzt die Freiheit oder die Heimat wiedererhalten sollen. Der Schmerz und der Zorn um die weitere Vergewaltigung der übrigen Opfer bleiben unverändert bestehen und werden den Wunsch nach künftiger Abrechnung lebendig erhalten. Mit einer solchen halben „Geste der Großmut" ist das deutsche Herz nicht zu gewinnen. Die Kreise der vorher genannten Zeitungen mögen diese halbe Geste feiern. Wir anderen, die wir uns nicht weniger dünken als die Franzosen, wollen keine Großmut, sondern die Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die im Wilsonprogramm gelobt worden ist.

Herriot hat seine Geste nötig gehabt, weil er allen seinen Phrasen aus seiner Agitationszeit doch wenigstens ein kleines Opfer bringen mußte. Er muß sich doch wenigstens etwas „humaner" zeigen als Poincaré. Aber seine Möglichkeiten in dieser Hinsicht sind beschränkt. Radikalsozialisten und Sozialisten, die eigentlichen Träger des Kabinetts Herriot, haben zusammen nur ungefähr 245 Stimmen in der französischen Kammer von 584. Die absolute Majorität erfordert aber 293. Das Kabinett Herriot braucht also mindestens 50 Stimmen von den Parteien weiter rechts. Um sich diese Stimmen zu gewinnen, hat er gleich nach den Wahlen vom 11. Mai die Räumung des Ruhrgebiets abgelehnt und die Sicherheitsfrage in den Vordergrund geschoben, genau wie Poincaré. Deswegen hat er den General Nollet als Vertrauensmann der Poincaristen ins Kabinett hineingenommen und deswegen hat er in seinem gestern in der Kammer verlesenen Programm die scharfen Worte gegen Deutschland hineingeschrieben. Um sich diese Stimmen zu erhalten, muß er so fortfahren, auch wenn Deutschland wieder Herrn Wirth an die Spitze stellen, auf dem Bauch rutschen und den französischen Staub schlucken sollte.

Er muß! Oder mit seiner Majorität und Ministerherrlichkeit ist es zu Ende. Dr. O.

Die Botschaft des Präsidenten.

Paris, 17. Juni.

Die Botschaft des Präsidenten der Republik, die heute nachmittag von Ministerpräsident Herriot in der Kammer und vom Justizminister Renoult im Senat verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Nationalversammlung, die mich zum Präsidenten der Republik gewählt hat, hat mir große Pflichten auferlegt. Um sie zu erfüllen, brauche ich die ständige Sympathie und den stetigen Beistand des Senats und der Kammer. Gestatten Sie mir die Hoffnung auszusprechen, daß sie mir nicht versagt bleiben werde. Ich werde die Verfassung, deren Hüter ich sein muß, respektieren und stets innerhalb der Rolle bleiben, die sie mir zuschreibt. Diese Rolle verlangt, daß ich über den Parteien stehe, um jedesmal, wenn es die Umstände erfordern, ein unparteiischer Schiedsrichter sein zu können. Nur so kann ich dem vereinten Interesse Frankreichs und der Republik, die in meinem Herzen dieselbe heiße Liebe finden, nützlich dienen.

In diesem Augenblick treten zahlreiche Probleme an unser Vaterland und unser Parlament heran. Sie könnten leicht gelöst werden, wenn man überall in der Welt eine reine Friedensatmosphäre atmete. Wenn das noch nicht zutrifft, so hat Frankreich keine Schuld daran. (?) Unser Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es will nur die Reparationszahlungen, die ihm feierlich versprochen worden sind, und keine illusorischen Sicherheitsgarantien erlangen. Durch den Sachverständigenbericht, dem wir zum Beweise unseres Entgegenkommens bereitwillig zugestimmt haben, scheint die Reparationsfrage einer baldigen Lösung entgegengeführt werden zu können. Es ist aber erforderlich, daß der Schuldner, ebenso wie der Gläubiger Beweise des guten Willens gibt, und daß diese Beweise durch Taten und nicht durch einfache Versprechungen gegeben werden. Aber das Entgegenkommen Frankreichs, das aufrichtig und unaufschiebbar ist, kann nicht so weit gehen, daß seine Wachsamkeit eingeschläfert wird dadurch, daß man die Opfer der Vergangenheit vergißt. Sein Entgegenkommen kann auch nicht einen Verzicht auf seine eigene Stärke bedeuten, ebensowenig wie den Verzicht auf die Kontrolle, die die Verträge gegenüber einem Besiegten zuerkennen, der die Revanche vorbereiten (!) will, statt die von ihm übernommenen Verpflichtungen zu halten. Das Parlament denkt wie das Land. Es will den äußeren Frieden nicht weniger als den inneren Frieden; es wird ihn — davon bin ich überzeugt — weiter auf solider Grundlage, deren sicherste die Gerechtigkeit ist, aufbauen. Mein heißester Wunsch ist es, in dem Maße, in dem die Verfassung es mir gestattet, dazu mitzuhelfen, und meine Erfahrung und unbedingte Ergebenheit Frankreich, der Republik und der Demokratie zur Verfügung zu halten, denen ich 13 Jahre ohne Unterlaß gedient habe.

Herriots Regierungs-Programm.

Die Erklärung Herriots betont zunächst, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit den Resultaten der letzten Kammerwahlen zu regieren beabsichtige. Sie wolle dem Lande Gelegenheit geben, durch Arbeit und Fortschritt den Frieden zu verwirklichen, auf den es ein Anrecht habe. Wenn die Regierung aber die Botschaft beim Vatikan aufgeben und das Gesetz über die Kongregationen durchführen wolle, so tue sie dies nicht aus einem Geiste der Intoleranz heraus. Die Regierung wolle lediglich das Gebiet der Glaubensbekenntnisse und das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten streng auseinanderhalten. Die Regierung wolle Frankreich auch den sozialen Frieden geben. Aus diesem Grunde werde sie dem Parlament eine Amnestie vorschlagen und nur für die Verräter und die Reftaktäre Ausnahmen machen. Ferner werde sie die Aufhebung der Verordnungsgesetze vorschlagen. Sie beantrage außerdem gründliche Verwaltungsreformen. Um die Finanzen zu sanieren, werde sie versuchen, die schwebende Schuld durch eine große Konsolidierungsoperation zu reduzieren.

Der Schluß der Rede Herriots ist der

äußeren Politik

gewidmet. In Uebereinstimmung mit den Lehren des Krieges werde die Regierung die Armee reorganisieren und die Militärdienstzeit verkürzen. Frankreich verfolge keine annexionistischen Absichten. Es wolle den Frieden und die Sicherheit. Die Regierung werde in dieser Frage ohne Zweideutigkeit sprechen. Sie werde die in dem Versailler Vertrag festgesetzten Rechte Frankreichs mit Entschiedenheit verteidigen. Frankreich habe ein Anrecht auf Reparationen und es wolle diese im Namen der Gerechtigkeit. Die internationale Ordnung könne nicht auf Ungerechtigkeit aufgebaut werden. Sobald aber Deutschland inbezug auf die Reparationen und die Sicherheit in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag handeln werde, werde es nur von ihm abhängen, in den Völkerbund einzutreten. Die Regierung sei der Isolierungs- und Gewaltpolitik feindlich gesinnt, die zu Gebietsbesetzungen und zur Ergreifung von Pfändern geführt habe. Um aber Frankreich und alle anderen Völker gegen eine Offensive des pangermanistischen Nationalismus zu schützen, halte sie es

nicht für möglich, die Ruhr zu räumen,

solange die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pfänder und wirksame Garantien nicht gebildet und den dazu vorgesehenen Organisationen ausgehändigt seien. Den Sachverständigenbericht nehme Frankreich ohne Hintergedanken an. Im Interesse des Friedens müsse die Ueberwachung Deutschlands unter dem Beistand aller Alliierten und sobald als möglich unter der Aegide des Völkerbundes kontrolliert werden. Das Sicherheitsproblem müsse durch Garantieverträge unter der Kontrolle des Völkerbundes gelöst werden. Die Regierung werde alles, was in ihrer Macht stehe, tun, um den Völkerbund als internationalen Organismus zu stärken. Sie werde eine Politik gerechter Handelsverträge verfolgen. Frankreich kenne den Haß nicht. Es werde aber denjenigen gegenüber, die wie Deutschland nicht auf den Gedanken der Revanche und der monarchistischen Restauration verzichten wollen, keine Schonung kennen. Es wünsche die Stärkung der deutschen Demokratie. Die Regierung werde darum

die politischen Gefangenen der besetzten Gebiete begnadigen,

mit Ausnahme derjenigen, die sich Angriffe gegen die Sicherheit der französischen Besatzungstruppen (!) zuschulden kommen ließen. Die Beamten und Angestellten, die ausgewiesen worden seien, weil sie höheren Befehlen gehorchten, würden mit Ausnahme gewisser Fälle wieder die Erlaubnis erhalten, zurückzukehren. Wenn Deutschland den Weg der Demokratie und des Friedens beschreiten werde, so werde die französische Regierung auf diese Bestrebungen einzugehen wissen.

Obwohl die französische Regierung durch andere Staatsauffassungen und durch tragische Ereignisse von der Moskauer Regierung getrennt sei, könne sie nicht vergessen, daß das russische Volk lange auf den gemeinsamen Schlachtfeldern geblutet habe. Sie werde darum die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland unter Bedingungen erstreben, die durch den Respekt der Verträge geboten seien. Bevor sie aber einen Beschluß fasse, bedürfe sie gewisser Vorsichtsmaßnahmen und Informationen, die sie bereits angefangen habe zu sammeln.

Zum Schluß erklärte Herriot, daß die Regierung von demokratischem Geiste erfüllt sein werde.

(Siehe auch Seite 2.)

Zwei Jahre Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien.

Von

Dipl.-Ifnr. Dr. Paul Deutsch, Leipzig.

Am 18. Juni 1924 sind zwei Jahre vergangen, seitdem der blutige Schnitt durch Oberschlesien gezogen und dem östlichen Lungenflügel der deutschen Wirtschaft die schwerste Wunde geschlagen worden ist. Ein Rückblick erscheint an diesem Tage um so mehr angebracht, als inzwischen der Kampf um Rhein und Ruhr das Interesse, das die Allgemeinheit während und nach der Abstimmung Oberschlesien entgegengebracht, nach Westen gelenkt hat.

Bei dem Zusammenbruch Deutschlands am Ende des Krieges wollte Polen die Gelegenheit benutzen, ganz Oberschlesien in seinen Besitz zu bringen. Nachdem der erste Versuch, in den Friedensbedingungen vom 7. Mai 1919 Oberschlesien vom Deutschen Reiche abzutrennen und Polen zuzuweisen, nicht geglückt war, wurde, um für den Raub einen Vorwand zu finden, die „oberschlesische Frage" konstruiert. Die eigenartige völkische Struktur Oberschlesiens wurde zu einem nationalen Problem gestempelt, das es niemals gegeben hat. Wenn man früher von einer oberschlesischen Frage, die als solche erst mit der Teilung entstanden ist, sprechen konnte, so war sie rein kulturell, lediglich sozial zu verstehen und zu werten. Aus dem Abstimmungsergebnis geht der soziale Charakter der sogen. oberschlesischen Frage deutlich hervor. Der Grubenarbeiter und der kleinbäuerliche Grundbesitz, noch zu sehr verwachsen mit dem Boden und gefesselt an den Wald, daher auch sozial weniger hochstehend, waren in dem Abstimmungskampf weniger urteilsfähig und für die polnische Propaganda empfänglich. Es braucht hier nur an die Kreise Rybnik und Pleß erinnert zu werden. Der Hüttenarbeiter jedoch, der, aus tiefer Kulturstufe emporgehoben, der Arbeit in der Hütte höhere Intelligenz verdankt, hat deutsch gewählt.

Nachdem trotz allen Terrors vor und während der Abstimmung und ungeachtet aller Benachteiligungen in der Gewährung des Abstimmungsrechts das Deutschtum mit 707 393 gegen 479 365 polnische Stimmen gesiegt hatte, wurde dennoch am 20. Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens beschlossen und am 18. Juni 1922 durchgeführt.

320 935,01 Hektar mit 980 296 Einwohnern wurden Polen zugeteilt. Da bei der Teilung nicht mehr die anfangs vorgeschützte Nationalitätenfrage die Hauptrolle spielte, was schon daraus hervorgeht, daß 15 Prozent mehr Deutsche unter polnische Staatshoheit gekommen sind, als Propolen im deutsch gebliebenen Teil wohnen, wurde Deutschland der wirtschaftlich bedeutend wertvollere Teil geraubt. Von dem mit 113 Milliarden Tonnen bezifferten Vorrat an abbaufähigen und gegenwärtig bauwürdigen Kohlen entfallen auf Deutschland nur etwa 7 Milliarden Tonnen oder 6 Prozent. Auf unsere Kosten ist Polen zu einem der an Kohle reichsten Länder geworden. Die uns geraubten 53 Steinkohlengruben förderten im Jahre 1922 26 521 000 Tonnen, während die Förderung der uns verbliebenen 14 Schachtanlagen 8 832 000 Tonnen betrug. Nicht minder erheblich sind die Verluste im Eisen-, Zink- und Bleierzbergbau. Sämtliche Eisenerzbergwerke, die im Jahre 1922 insgesamt 81 855 Tonnen förderten, sind mit dem Bergrevier Tarnowitz Polen zugefallen. Von der Gesamtproduktion der oberschlesischen Zinkerzgruben entfielen im Jahre 1922 auf Ost-Oberschlesien 82,4 Prozent, von der Bleiproduktion 73,5 Prozent. In einem ähnlichen Verhältnis wie bei den Bergwerken ist nach der Grenzziehung auch die Produktion der Hüttenwerke zusammengeschmolzen; die Polen zugefallenen Hüttenwerke sind mit etwa 75 Prozent an der Gesamtproduktion Oberschlesiens beteiligt. In der Zink- und Bleiindustrie ist der größte Ausfall zu verzeichnen. Da die Zink- und Bleihütten ausnahmslos in dem abgetretenen Gebiet gelegen sind, müssen die wenigen, in den uns noch verbliebenen Bergwerken gewonnenen Erze größtenteils den nun polnischen Hütten zugeführt werden.

Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß die in ihrem vollen Wert unberechenbaren Einbußen eine schwere Entkräftung der ganzen deutschen Wirtschaft bedeuten mußten. Nach den Wunden, die der lange Krieg geschlagen hat, nach dem Verlust der Minetteerze, nach dem Raub der Saarkohlen mußte jede weitere Schwächung der wirtschaftlichen Kraft, zumal durch Störungen in der Brennstoffversorgung, verhängnisvolle Folgen zeitigen. Neben vielen anderen unglücklichen Folgen ist als die vielleicht ungünstigste die nach dem Verlust der ostoberschlesischen Kohlengruben notwendig gewordene Kohleneinfuhr zu bezeichnen. Im Jahre 1922 hat die Kohleneinfuhr Deutschlands mit 12,6 Millionen Tonnen, davon Teilung Oberschlesiens, eine Höhe erreicht, die selbst die 10,5 Millionen Tonnen im zweiten Halbjahr, also nach der